



Foto: Günter Binshteiner

Gesamtschulen gegen politisch gewollte Benachteiligung schützen. Mit besonderen Projekten wie dieser biologischen Exkursion an der Ostsee gehen die Gesamtschulen interessante Wege der Schulentwicklung. Anstatt ihnen Steine in den Weg zu legen, sollten sie politisch unterstützt werden.

**Neuer Angriff auf Gesamtschulen: MK will Schulaufsicht der Gesamtschulen zerschlagen/
Bricht der Minister seine Zusage?**

GEW fordert: Busemann soll diesen Plan zurücknehmen

Das Kultusministerium beabsichtigt, die Gesamtschuldezernate abzuschaffen und die Aufsicht über die Gesamtschulen verschiedenen Dezernaten anderer Schulformen zuzuordnen. In einem Erlassentwurf, der die Organisation des Landesschulamts nach Abschaffung der Bezirksregierungen ab dem 1. Januar 2005

Für die Sekundarstufen I der Gesamtschule sollen die Dezernate 402 zuständig sein, denen auch die Verantwortung für Grund-, Haupt- und Realschulen obliegt. Die Gymnasialdezernate sollen die Sekundarstufe II beaufsichtigen. So steht es im vorliegenden Erlassentwurf. Dieser ist bisher noch nicht offiziell in die Anhörung gegangen. Daneben werden im Ministerium auch andere Modelle diskutiert. So gibt es den Vorschlag, alle Gesamtschulen mit einer gymnasialen Oberstufe von den Gymnasialdezernaten führen zu lassen, die übrigen Gesamtschulen von den Dezernaten 402. Die Dezernentinnen und Dezernenten, die bisher im eigenständigen Gesamtschuldezernat gearbeitet haben, könnten zunächst im Rahmen der anderen Dezernate für ihre Gesamtschulen zuständig bleiben. Auf Dauer müsse es aber keine speziell für Gesamtschulen zuständigen Schulaufsichtsbeamten mehr geben, so hieß es im Ministerium.

Der GEW-Landesvorsitzende Eberhard Brandt wertete die Pläne des Kultusministeriums als neuen Angriff auf die Gesamtschulen. Er forderte Kultusminister Bernd Buse-

für eine Übergangszeit regelt, wird für ein einziges Dezernat eine Strukturentscheidung getroffen. Die offizielle Begründung lautet, vier Dezernatenstellen sollten eingespart werden und die Aufsichtsdichte der Gesamtschulen solle der der übrigen Schulformen angepasst werden.

mann auf, diese Pläne zurückzunehmen. Schließlich habe Busemann ihm in einem Gespräch versichert, er wolle keinen Krieg gegen die Gesamtschulen führen. Nun solle Busemann zu seinem Wort stehen.

Busemann soll zu seinem Wort stehen

Brandt wies darauf hin, dass es bereits eine Reihe von Verschlechterungen für die Gesamtschulen gegeben hat. Das gesetzliche Verbot, neue Gesamtschulen zu gründen, die Organisationserlasse, die insbesondere die integrative Pädagogik der Kooperativen Gesamtschulen fast unmöglich machen und die die Realisierung wesentlicher Bestandteile des Bildungsangebots der Integrierten Gesamtschulen wie den Wahlpflichtbereich II erschweren und integrationsfeindliche Bestimmungen enthalten, sowie der Abzug von personellen Ressourcen seien schon ein harter Schlag gewesen. Nun käme noch eine neue Schikane hinzu.

Gesamtschulen stellen im gegliederten Schulsystem ein fremdes Element dar. Sie

verkörpern seine Überwindung. Als Werner Remmers als CDU-Kultusminister in der Albrecht-Ära die Gesamtschulen nicht abschaffte, sondern sie entgegen manchen Wünschen seiner Parteifreunde beibehielt, bezeichnete er die Gesamtschulen als „Stachel im Fleisch des gegliederten Systems“. Er erkannte ihre Besonderheit an und meinte, sie würden die tradierten Schulformen zwingen, sich zu entwickeln. Insoweit begrüße er ihre Existenz.

„Gesamtschulen – Stachel im Fleisch des gegliederten Schulwesens“ (Remmers)

Heute kann man den Eindruck gewinnen, Gesamtschulen würden von der Regierung gerade noch geduldet und gälten als eigentlich nutzlos und entbehrlich. Doch auch die derzeitige Regierung wird von der GEW aufgefordert anzuerkennen, dass ein Drittel der Elternschaft Gesamtschulen präferiert und das gegliederte Schulsystem ablehnt.

Gesamtschulen benötigen eine eigene spezifische Schulentwicklung und schon allein deshalb benötigen sie eine eigene Schulauf-

Ein Löffelchen für die Realschule.
zwei Löffelchen fürs Gymnasium ...
Kein Löffelchen für die Gesamtschule ...



... damit Ihr (fast) alle groß und stark werdet!

sicht, die den bildungspolitischen Zielen der Gesamtschulen verpflichtet ist.

Gesamtschulen sind mit der Absicht gegründet worden, die Trennung der Schulform bezogenen Bildungsgänge zu überwinden und allen Kindern und Jugendlichen bessere Lernchancen zu ermöglichen. Die neue Hülle der Schulform musste aber gefüllt werden. Die Entwicklung gesamtschulspezifischer pädagogischer und schulorganisatorischer Konzepte ist kein leichter und widerspruchsfreier Weg gewesen. Vor allem aber ist die Entwicklung nicht abgeschlossen.

Restriktive Rahmenbedingungen erschweren die Arbeit

Gegenwärtig sind die Schulleitungen und die Kollegien damit beschäftigt, unter den restriktiven Rahmenbedingungen der neuen Organisationserlasse und der reduzierten Mittelzuweisungen soviel wie möglich von der Gesamtschulpädagogik zu retten. Auch dieser Prozess ist nicht widerspruchsfrei. Es gibt unterschiedliche Auffassungen, ob oder wie weit sich die Gesamtschulen dem vermeintlichen Druck des nunmehr schärfer gegliederten Schulsystems, insbesondere den Turbogymnasien anpassen sollen.

Die nationale und internationale Debatte der Integrationspädagogik stellt neue Anforderungen an Gesamtschulen, ja fordert zum Umdenken, zur Abkehr von für selbstverständlich gehaltenen Gewohnheiten auf. Reduzierung, möglichst Verzicht auf äußere Fachleistungsdifferenzierung, fordern die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschulen und die Bundesfachgruppe Gesamtschulen. Noch reproduzieren die Gesamtschulen intern Muster des gegliederten Systems. In Schweden und Finnland wurde die Fachleistungsdifferenzierung gesetzlich verboten. An diesen Modellen sollte sich auch in Deutschland die Gesamtschulentwicklung orientieren. Es ist mit der Ausstattung und der pädagogischen Konzeption dieser Gesamtschulsysteme erwiesenermaßen möglich, Schülerinnen und Schüler mit größerem Förderbedarf besser zu gerecht zu werden, andererseits die Schülerinnen und Schüler

vor stärkere Entwicklungsaufgaben zu stellen, die sich bisher nicht ausgelastet fühlen, und insgesamt das Bildungsniveau zu heben.

Nur wenn die Gesamtschulen die Möglichkeit erhalten, sich solchermaßen pädagogisch weiter zu entwickeln, können sie ihre Funktion als Stachel im Fleisch des gegliederten Schulsystems erhalten, können sie sich als alternatives Angebot weiter profilieren.

Große Anforderungen sind also an die Schulentwicklung der Gesamtschulen gestellt. Insbesondere in der Phase der Einführung eines neuen Systems der wirkungsorientierten Steuerung mit Schulinspektion, zentralen Vergleichsarbeiten und Abschlussprüfungen, offizieller Beauftragung zu Schulprogrammarbeit mit verbindlichen Festlegungen für die Schulentwicklung und vor allem mit der Einrichtung einer „Schulaufsicht neuen Typs“, wie sie im Kultusministerium genannt wird, benötigen Gesamtschulen Dezernentinnen und Dezernenten, die sich als Lobby für diese Schulen verstehen. Am besten würden deshalb die Gesamtschuldezernate erhalten bleiben, zumindest so lange, wie die „neue Schulaufsicht“, die nach der Übergangsstruktur „Landesschulamt“ eingerichtet werden soll, noch nicht besteht. Sollte diese – wie die GEW es fordert – schulformübergreifend konzipiert sein, wären auch die Gesamtschuldezernate hinfällig.

Was würde geschehen, wenn Dezernentinnen und Dezernenten anderer Schulformen für die Gesamtschulen zuständig werden würden? Man müsste ja zum Beispiel einem Gymnasialdezernenten gar nicht Böswilligkeit oder gar eine Abneigung gegen Gesamtschulen unterstellen – obwohl es die durchaus geben mag: die Kenntnisse, Erfahrungen und auch die Zuwendung, die Schulaufsichtsbeamte erworben haben, die für Gesamtschulen arbeiten und oftmals aus diesen stammen, können sie nicht erwerben.

Gesamtschulen benötigen eine einheitliche Schulaufsicht

Unverständlich ist überdies die Vorstellung, dass unterschiedliche Dezernate für eine Gesamtschule oder für benachbarte Gesamtschulen einer Stadt oder einer Region zuständig sind. Wie soll Schulentwicklung funktionieren, wenn für die Sekundarstufe II ein anderes Dezernat zuständig ist als für die Sekundarstufe I? Wie sollen die Gesamtschulen ihre enge Kooperation weiter entwickeln, die für ihre Schülerinnen und Schüler eine gemeinsame Sekundarstufe II besitzen und ihren Unterricht in der Sekundarstufe I untereinander abstimmen?

Aus den Gesamtschulen häufen sich die Proteste: Die Direktorinnen und Direktoren forderten auf ihrer jährlichen Tagung am 9. November in einem Schreiben an den Minister die Schulaufsicht der Gesamtschulen zu erhalten. In den Schulen werden Personalversammlungen geplant, um während der Anhörfrist des Erlasses die Vorstellungen der Kollegien deutlich zu machen. euw

Pressemitteilung

Gewerkschaften kritisieren Landesrechnungshof

Der Vorschlag des Landesrechnungshofes, einen Einstellungsstopp für Lehrer und Polizisten zu verhängen, stößt bei den niedersächsischen Gewerkschaften auf heftigen Widerstand. DGB-Landeschef Hartmut Tölle sagt: „Der Landesrechnungshof versucht auf die katastrophale Rotstiftpolitik des Landes noch eins drauf zu setzen. Wer immer nur kurzfristig auf die Kosten schielt, wird blind für die langfristigen Folgen der Kürzungswut.“

Eberhardt Brandt, Landesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft kritisierte: „Wer behauptet, der Schulbereich sei ausreichend versorgt, hat keine Ahnung von den wirklichen Verhältnissen. Rotstiftpolitik und Mängelverwaltung sind seit langem die Regel. Wenn angesichts zu knapper Ressourcen in den Schulen und wachsender Pensionierungszahlen ein Einstellungsstopp für Lehrkräfte gefordert wird, kann dieses nur noch als aberwitzig bezeichnet werden.“

Bernhard Witthaut, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, warnte davor, dass ein Einstellungsstopp unmittelbare Auswirkungen auf die Standards zur inneren Sicherheit in Niedersachsen haben würde: „Die Forderungen des Rechnungshofes werden durch ständige Wiederholung nicht besser. Wir erwarten eine klare politische Aussage der Landesregierung, wie es mit der inneren Sicherheit und der Polizei in diesem Land weitergehen soll.“



Herausgeber: DGB
Niedersachsen
Bremen
Sachsen-Anhalt

Verantwortlich:
Tina Kolbeck
Pressesprecherin

Dreyerstr. 6
30169 Hannover